

14.03.2010

Einbruchsserie und ganztägige Kindergartengruppe im Fokus BBB fordert Maßnahmen gegen Einbruchsserie und Einrichtung einer ganztägigen Kindergartengruppe

Da in den vergangenen Wochen fast täglich in der örtlichen Presse über Wohnungsaufbrüche in Bruchköbel berichtet wurde, will der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) den Magistrat beauftragen, die Ursachen zu prüfen und darüber zu berichten. Nachdem Bruchköbel in den vergangenen Jahren immer mit sinkenden Einbruchzahlen in der Statistik glänzen konnte, hat sich nunmehr gegenteilige Entwicklung ergeben, die die Sicherheit und das Eigentum der Bürger gefährde. Der BBB fordert deshalb, in enger Abstimmung mit der Polizei eilig Maßnahmen zu ergreifen, damit das bedrohliche Anwachsen der Wohnungsaufbrüche schnell gestoppt werde. In vielen Kommunen haben sich bereits telefonische Frühwarnsysteme bewährt, oder von Bürgern organisierte Projekte, wie etwa die Aktion „wachsamer Nachbar“. Es komme jetzt darauf an, gemeinsam mit der Polizei den Schutz der Bürger zu verbessern, so BBB - Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold. Bruchköbel dürfe nicht zum Spielplatz organisierter Kriminalität werden. Mit einem weiteren Antrag für die Stadtverordnetenversammlung fordert der BBB die Einrichtung einer ganztägigen Kindergartengruppe. Eine solche Gruppe werde dringend für berufstätige Eltern gebraucht. Vor einigen Jahren habe eine Umfrage unter den Eltern nur einen eher geringen Bedarf gezeigt. Jetzt seien aber in wachsendem Umfang beide Elternteile oder Alleinerziehende gezwungen, ganztägig zu arbeiten, meist in Hanau oder Frankfurt. Die Kindertagesstätten der Stadt decken nur eine Zeit von maximal rund 9 Stunden Betreuung ab. Dies reiche für ganztägig berufstätige Eltern nicht aus, die ein Betreuungsangebot von etwa 6.30 – 18.00 Uhr benötigen. In Hanau gebe es das längst. Der Magistrat, so BBB- Vorsitzender Joachim Rechholz, solle nun prüfen und praktische Vorschläge machen, wie diese Situation verbessert werden kann. Bei dieser Gelegenheit wäre es hilfreich, wenn Bürgermeister und Magistrat endlich den Bedarfs- und Entwicklungsplan vorlegen, auf den die Stadtverordnetenversammlung nun schon seit zweieinhalb Jahren wartet. Für eine Stadt, die zu Recht familienfreundlich sein wolle, sei das ein Armutszeugnis, so der BBB- Vorsitzende Joachim Rechholz abschließend. Der Magistrat müsse jetzt endlich tätig werden.